



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

meine — in dieser Legislaturperiode — zweite Rede im Plenum des Deutschen Bundestages ließ erfreulicherweise nicht lange auf sich warten. Am Donnerstag, dem 14. November 2019, habe ich sehr gerne die Möglichkeit wahrgenommen und zu einem Antrag aus den Reihen der Opposition zum Thema gesunde Ernährung gesprochen. Einen kurzen Bericht dazu sowie einen Link zu dem Videomitschnitt finden Sie auf der nächsten Seite.

Diese Plenardebatte war bei Weitem nicht der einzige Moment, in dem die Agrar- und Ernährungspolitik im Fokus standen. Ganz im Gegenteil: Die Landwirtschaft stand wieder einmal im Zentrum meiner Sitzungswoche. Neben einer öffentlichen Anhörung zur Situation des Waldes und einem Fraktionsgespräch zur Landwirtschaft als bedeutender Teil des Mittelstands, besuchte ich die agritechnica in Hannover und wohnte zwei weiteren Plenardebatten mit agrarpolitischem Schwerpunkt bei. Mehr Informationen dazu erwarten Sie auf den nächsten Seiten dieser Ausgabe.

Im Parlament beschlossen wir viele Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes und zum Soli-Abbau, die die richtigen Weichen für unser Land für die nächsten Jahre und Jahrzehnte stellen.

An dem vergangenen Wochenende zwischen den zwei aneinander folgenden Sitzungswochen habe ich an der Festveranstaltung der Länder Sachsen-Anhalt und Niedersachsen anlässlich des 30. Jahrestages von Grenzöffnung und Mauerfall in der DDR teilgenommen. Über meine Eindrücke berichte ich auf Seite 8. Viel Freude bei der Lektüre!

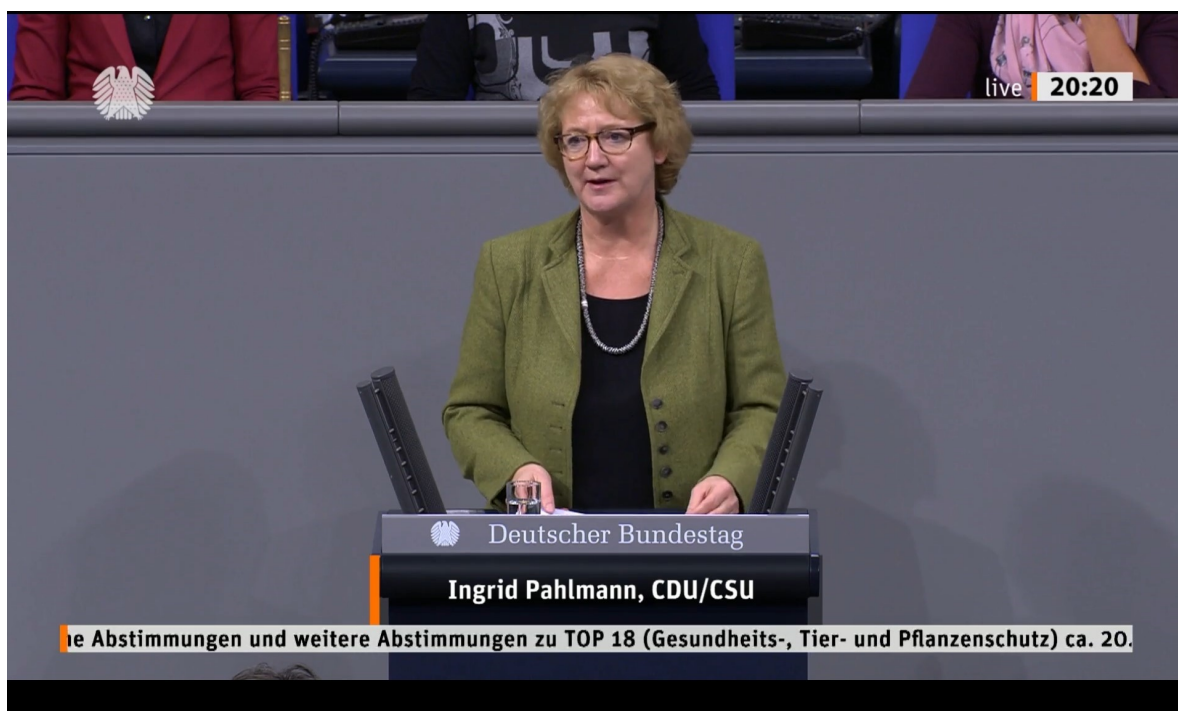
Herzliche Grüße
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Plenarrede zur gesunden Ernährung

Meine nächste Rede im Plenum des Deutschen Bundestages ließ zu meiner großen Freude nicht lange auf sich warten. So konnte ich am Donnerstag zu einem Antrag der AfD-Fraktion zum Thema gesunde Ernährung sprechen. Das einzig Gute an dem Papier war die Möglichkeit, öffentlich über das wichtige Thema Ernährung zu sprechen. Inhaltlich konnten wir dem schwachen Antrag allerdings nicht zustimmen.



Der Antrag enthält viele Forderungen, die wir bereits umgesetzt haben. Mit der Nationalen Reduktionsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten wollen wir diese Lebensmittel gesünder machen. Denn der Verzehr von Fertigprodukten liegt voll im Trend. Deshalb ist es wichtig, in diesem Bereich zu Verbesserungen zu kommen.

Im „Gute-Kita-Gesetz“ haben wir die Stärkung der Ernährungsbildung im Vorschulbereich als einen Baustein mit aufgenommen. Und im Rahmen des Schulprogramms der EU werden bereits seit viele Jahren frisches Obst, Gemüse, Milch und Milchprodukte kostenlos oder stark vergünstigt an die Schulen abgegeben. Die Verantwortlichen in den Kommunen haben dazu regionale Anbieter ins Boot geholt und achten weiterhin auch aus eigenem Antrieb darauf, Caterer, die frisch, gesund und ausgewogen kochen, zu verpflichten. Als Kommunalpolitikerin weiß ich, welch großen Wert wir auf die Schulverpflegung legen.

Mit einem Klick auf das Bild gelangen Sie auf den Videomitschnitt meiner Rede.



Bericht aus Berlin

Landwirtschaft wieder zentrales Thema der Sitzungswoche

Landwirtschaft nahm wieder einmal einen zentralen Platz in meiner Woche in Berlin ein. Der Montag begann mit einer öffentlichen Anhörung des Agrarausschusses zum Thema Wald. Die Sachverständigen waren sich einig und beurteilten die aktuelle Lage in der Forstwirtschaft als kritisch. Deswegen wollen wir mit unserem Koalitionsantrag [„Unser Wald braucht Hilfe — Waldumbau vorantreiben“](#) eine nachhaltige Waldbewirtschaftung stärken und intelligente Holznutzungen verstärkt forcieren.

Agrartechnik auf Weltniveau

Eine schöne Abwechslung zu einer typischen Sitzungswoche bot am Dienstag der Besuch der agritechnica in Hannover. Auf Anregung unseres Agrarsprechers, Albert Stegemann, machten wir uns als Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Fraktion auf den Weg nach Hannover, um uns über die neuesten Entwicklungen und die Innovationen in der Agrartechnik zu informieren und mit der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft auszutauschen. Ein spannender, sehr informativer Ausflug!



Landwirtschaft ist Mittelstand

Mittwochs veranstaltete der Parlamentskreis Mittelstand der Union ein Fachgespräch unter dem Motto [„Eigentum Schützen, Rechtssicherheit schaffen — Landwirtschaft ist Mittelstand“](#). Einen mutigen und provokativen Impuls gab der als „Bauer Willi“ bekannte Landwirt und Blogger Dr. Willi Kremer-Schillings. Nach einer kurzen Podiumsdiskussion mit u. a. dem Präsidenten des Deutschen Raiffeisenverbands, Franz-Josef Holzenkamp, und dem Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands, Bernhard Krüsken, ging es in einen intensiven Austausch mit den vielen Landwirten, die aus allen Ecken der Republik angereist sind.

Im Plenum des Bundestages beschlossen wir ein Gesetz über Direktzahlungen und einen Antrag zum Thema Digitalisierung in der Landwirtschaft (s. nächste Seite).



Bericht aus Berlin

Übergangslösung bei Direktzahlungen

Mit dem am Mittwoch beschlossenen Direktzahlungen-Durchführungsgesetz haben wir eine Rechtsgrundlage für eine Mittelumschichtung von der ersten in die zweite Säule der europäischen Agrarmittel für das Jahr 2020 geschaffen. Wir haben einmalig für das Jahr 2020 den Umschichtungssatz von 4,5 Prozent auf 6 Prozent erhöht. Die Übergangslösung war nötig, weil die Beratungen in Brüssel für den nächsten EU-Haushalt im Verzug sind.

Für mich und meine Fraktion wäre eine Umschichtung wie bisher von 4,5 Prozent ausreichend gewesen. Denn wir wissen: Die Direktzahlungen aus der ersten Säule sind ein zentrales Element der Einkommens- und Risikoabsicherung landwirtschaftlicher Betriebe. Die Einigung auf eine moderate Erhöhung war ein Kompromiss mit der SPD, die den höchsten Umschichtungssatz von 15 Prozent gefordert hatte.

Durch die Umschichtung gehen 75 Mio. Euro zusätzlich in die zweite Säule, aus der zum Beispiel Projekte im ländlichen Raum, aber auch Agrar-Umweltprogramme finanziert werden.

Auch wenn es nur um 4,50 Euro pro Hektar geht, ist für uns klar, dass es sich nur um eine auf das Jahr 2020 befristete einmalige Erhöhung der Umschichtung handelt. Damit ist keine Vorentscheidung für die neue Förderperiode gefallen.

Digitalisierung in der Landwirtschaft

In der deutschen Landwirtschaft werden digitale Technologien maßgeblich zu einer nachhaltigen und Ressourcen schonenden Lebensmittelerzeugung beitragen. Mit einer Präzisionslandwirtschaft 4.0. können Maßnahmen wie etwa Bewässerung, Düngung und Pflanzenschutzmitteleinsatz punktgenau gesteuert werden. Sie ermöglicht aber auch, etwa über digitale Sensorik, die Messung verschiedener Tierwohl-Indikatoren. Mit unserem Antrag „Chancen der Digitalisierung nutzen – Offener Zugang und standardisierte Datenformate für eine zukunftsfähige Landwirtschaft“ wollen wir die Bundesregierung dazu ermutigen, zunächst im Rahmen eines Forschungsvorhabens ein Konzept zur Nutzung einer entsprechenden Agrarplattform unter Beteiligung der relevanten Akteure zu erarbeiten. Zusätzlich wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, den Breitbandausbau im ländlichen Raum zu intensivieren, um die Präzisionslandwirtschaft sowie eine moderne multifunktionale Forstwirtschaft in den Wäldern zu ermöglichen.



Bericht aus Berlin

Der Soli-Abbau kommt

Wir haben in dieser Woche den Abbau des Solidaritätszuschlags ab 2021 verabschiedet. Durch die vorgesehene Regelung werden ca. 90 Prozent der Soli-Zahler vollständig entlastet. Darüber hinaus werden weitere 6,5 Prozent der Steuerzahler weniger Soli zahlen müssen.

Dieser Abbau stellt die größte Entlastung für die arbeitende Mitte in den letzten Jahren dar: 12 Milliarden Euro pro Jahr. Zudem halten wir Wort: 30 Jahre nach dem Mauerfall wird der Einstieg in den Soli-Abbau beschlossen. Wer heute nach Weimar, Dresden, Potsdam, Quedlinburg oder an die Ostseeküste fährt, sieht: Wir haben viel erreicht. Der Wiederaufbau nach der Deutschen Einheit wäre ohne den Soli so nicht möglich gewesen.

Klar ist aber auch, dass wir uns beim Soli-Abbau mehr gewünscht hätten. Wir werden weiter dafür eintreten, dass auch der zunächst verbleibende Rest des Solidaritätszuschlags abgebaut werden kann.

Einigung bei Grundrente erzielt

Es gibt Menschen in Deutschland, die jetzt oder in Zukunft nur eine Grundsicherung im Alter zu erwarten haben. Wer aber selbst lange Jahre berufstätig war, wer Angehörige gepflegt oder Kinder erzogen hat, soll es besser haben als diejenigen, die wenig oder nichts getan haben.

Mit der nun vereinbarten umfassenden Einkommensprüfung bei der Grundrente haben wir eine Hilfe „mit der Gießkanne“ vermeiden können. Wir helfen Menschen, deren gesamtes Einkommen unter 1.250 oder als Paar unter 1.950 Euro liegt. Diese Prüfung wird helfen, den Kreis der Anspruchsberechtigten auf diejenigen zu beschränken, die sie wirklich benötigen.

Masernimpfung

Wir haben wichtige Maßnahmen zur Bekämpfung der Masern beschlossen, um den Schutz der Bevölkerung vor Masern weiterhin bestmöglich zu gewährleisten. Dabei ist ein maßgebliches Instrument die Nachweispflicht eines ausreichenden Impfschutzes oder einer Immunität für Personen, die in Einrichtungen mit viel Kontakt zu anderen Menschen betreut werden oder arbeiten. Ferner können künftig Ärzte sämtlicher Facharztgruppen Schutzimpfungen durchführen. Zudem soll die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung regelmäßig und umfassend über das Thema Impfen informieren.



Bericht aus Berlin

Klimaschutzpaket wird umgesetzt

Keine zwei Monate nach der Einigung über die Eckpunkte zum Klimaschutz in Deutschland konnten wir nun im Deutschen Bundestages wesentliche und weitreichende Schritte für die Erreichung unserer Klimaziele beschließen. Das Paket ist gut und ausgewogen: Wir setzen Anreize für die Bürgerinnen und Bürger, Bahnfahren wird billiger, das klimaschädliche CO₂ wird ab 2021 langsam und sozialverträglich teurer bei gleichzeitiger Entlastung der Fernpendler — wichtig gerade für unsere Heimat. Zur Mitte des nächsten Jahrzehnts führen wir dann ein marktwirtschaftliches System ein, mit dem CO₂-Zertifikate gehandelt werden.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht führen wir die steuerliche Förderung bei energetischen Sanierungsmaßnahmen an selbstgenutztem Wohneigentum ab 2020 ein. Wir wollen Pendler ab 1. Januar 2021 durch das Anheben der Entfernungspauschale ab dem 21. Kilometer auf 35 Cent entlasten. Um mehr Menschen dazu zu bewegen, im Fernverkehr die Bahn zu nutzen, wird die Mehrwertsteuer für Zugtickets auf 7 Prozent gesenkt. Außerdem sind im Gesetz besondere Hebesätze bei der Grundsteuer auf Gebiete für Windenergieanlagen vorgesehen, um Gemeinden für ihren Mehraufwand zu entschädigen und mehr Flächen für Windenergie zu aktivieren.

Wertschätzung für unsere Bundeswehr

Anlässlich des 64. Gründungstags der Bundeswehr fanden am 12. November 2019 in der ganzen Bundesrepublik feierliche Gelöbnisse statt. So auch vor dem Reichstagsgebäude in Berlin, wo 400 Rekrutinnen und Rekruten ihren Eid ablegten.

Leider konnte ich auf Grund meiner Dienstreise zur Messe agritechnica nicht dabei sein. Zum Glück habe ich es nachmittags geschafft, bei der Aktion „Gelbe Bänder der Verbundenheit“ des Deutschen Bundeswehrverbandes und der OASE-



Einsatzbetreuung (ein Projekt der Evangelischen und Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung) meine Solidarität mit den Bundeswehrangehörigen im Auslandseinsatz zu zeigen und ihnen meine Weihnachtsgrüße zu übermitteln.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Kinder weltweit schützen — ausbeuterische Kinderarbeit verhindern. Mit diesem Antrag verfolgen wir das Ziel, weltweit zum Schutz der Rechte von Kindern einen Beitrag zu leisten, insbesondere mit Blick auf ausbeuterische Kinderarbeit. Geschätzt 73 Mio. Kinder weltweit arbeiten unter ausbeuterischen, oft gesundheitsschädlichen und gefährlichen Bedingungen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die bisherigen Anstrengungen der Bundesregierung im Kampf gegen Kinderarbeit und Initiativen wie etwa den "Grünen Knopf", die auf die Durchsetzung sozialer und ökologischer Mindeststandards in der Produktion und in Lieferketten hinwirken. Zudem fordern wir die Bundesregierung zum weiteren Einsatz gegen Kinderarbeit auf.

"Jugend erinnert" — Wissensvermittlung über Wirkung und Folgen der Diktatur und Gewaltherrschaft stärken. Wir erörtern den Ausbau der pädagogischen Arbeit in den Gedenkstätten. Um diese zu stärken, wollen wir ein Programm "Jugend erinnert" ins Leben rufen, mit dem Austausch und Begegnung sowie Gedenkstättenfahrten gefördert werden sollen. In einem mehrjährigen, breit angelegten Ansatz soll dieses Programm sowohl die nationalsozialistische Terrorherrschaft als auch die SED-Diktatur aufgreifen. Schwerpunkte sollen in der inhaltlichen Begleitung von mehrtägigen Gedenkstättenbesuchen liegen, der Intensivierung von Zeitzeugenarbeit und der Stärkung der Jugendbegegnungen im In- und Ausland.

Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021. Der Bund wird auch in den nächsten Jahren die Länder und Kommunen finanziell bei der Bewältigung von Integrationsaufgaben unterstützen. Zu diesem Zweck beschließen wir in zweiter und dritter Lesung eine weitere Entlastung der Länder und Kommunen bei den Flüchtlingskosten um rund 5,5 Mrd. Euro in den nächsten zwei Jahren. Die größten Posten stellen dabei die Erstattung der Kosten für Unterkunft und Heizung von Flüchtlingen in Höhe von 1,8 Mrd. Euro und die Integrationspauschale in Höhe von 2 Mrd. Euro dar. Ebenfalls fließen Mittel zur Umsetzung der Ziele des Pakts für den Rechtsstaat.

20 Jahre Washingtoner Prinzipien — Restitution von NS-Raubkunst fortsetzen und „Beratende Kommission“ weiterentwickeln. Wir wollen den Kunstraub der Nationalsozialisten und dessen Folgen weiter und besser erforschen, um zu gerechten und fairen Lösungen insbesondere mit Blick auf einzelne Werke zu kommen.

Einen Überblick über die knapp 30 Stunden des [Plenarbetriebs finden Sie hier](#).



Bericht aus dem Wahlkreis

Gedenkveranstaltung zum Mauerfall



Das Wochenende zwischen den zwei letzten Sitzungswochen war gefühlt kurz, den Samstag habe ich dennoch mit Freuden dazu genutzt, an der Festveranstaltung der Länder Sachsen-Anhalt und Niedersachsen anlässlich des 30. Jahrestages von Grenzöffnung und Mauerfall in der DDR teilzunehmen. Die denkwürdige Feierlichkeit fand an der Gedenkstätte Deutsche Teilung am ehemaligen Grenzübergang Marienborn statt, den viele von uns für eine Fahrt nach Berlin oder in die DDR nutzten. Neben den Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff und Stephan Weil und der Kulturstatsministerin Prof. Monika Grütters waren zahlreiche weitere Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kirchen und Verbänden anwesend.

Der 9. November 1989 war in meinen Augen einer der glücklichsten Tage der deutschen Geschichte. Ich wünsche mir, dass wir nicht weiter von neuen und alten Bundesländern sprechen, sondern uns über unsere vielfältigen, bunten, unterschiedlichen Länder in einem Deutschland freuen! Es ist höchste Zeit!



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-2340
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Fotos

Kopfzeile S. 2-7: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde

Kopfzeile S. 8: Altes Rathaus Peine: Losch / commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:

© Anne Bermüller / pixelio.de

Kopfzeile S. 9: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Alle weiteren Fotos: privat